



Motion von Patrick Röösl
betreffend «Digital Zug» - digitale Einreichung von Baugesuchen
vom 6. November 2020

Kantonsrat Patrick Röösl, Zug, hat am 6. November 2020 folgende Motion eingereicht:

Antrag

Der Kanton führt für sich und die Gemeinden die Einreichung von Baugesuchen in geeigneter Form digital ein. Ein Baugesuch in Papierform ist nicht erforderlich. Einzig das Unterschriftenblatt des Baugesuchsformulars ist wie bisher mit den Originalunterschriften versehen, einzureichen. Es kann auch wahlweise eine digitale Unterschrift erstellt und eingereicht werden.

Die Gemeinden können sich dieser Digitalisierung anschliessen oder dürfen mit vorzugweise geringem Aufwand spezifische Anpassungen am digitalen Baugesuch vornehmen, dieses allein oder im Verbund mit anderen Gemeinden umsetzen.

Ausgangslage

Der Regierungsrat proklamierte Ende Oktober 2020 mit dem Projekt „Digital Zug“ die Digitalisierung der Verwaltung. Noch heute sind Baugesuche vollständig in Papierform einzureichen. Die Einsichtnahme von Baugesuchen erfolgt physisch auf der öffentlichen Verwaltung.

Begründung

Bereits heute verwenden sämtliche Zuger Gemeinden ein gemeinsames Tool für den Eintrag des Baugesuchsformulars. Dieses Baugesuchsformular ist auszudrucken und in Papierform einzureichen. Dazu gehören Pläne, diverse Berechnungen und Nachweise. Die Baugesuche sind je nach Art des Baugesuchs dreifach, vierfach oder in höherer Anzahl in Papierform auszufertigen. Jeder Plan muss vom Grundeigentümer, Bauherr und Projektverfasser (Architekt) unterzeichnet werden. Bauherren und Architekten leisten einen erheblichen administrativen Aufwand bei der Erstellung von Baugesuchen. In den letzten Jahren sind immer höhere Anforderungen an ein Baugesuch gestellt worden. Die Verwaltung kann mittels einer digitalen Einreichung von Baugesuchen ein Zeichnen in die andere Richtung setzen und den administrativen Aufwand des Bürgers reduzieren und vereinfachen.

Ein Baugesuch soll neu digital eingesehen werden können. Dies erhöht die Transparenz und erspart dem Bürger einen Besuch bei der öffentlichen Verwaltung. In der Zeit der Corona-Pandemie wäre diesem Umstand erheblich gedient.